

Überregionaler Pressespiegel 25.01.2012

Lausitzer Rundschau | 25.01.2012

Sachsens Justiz ermittelt gegen weitere Politiker wegen Anti-Nazi-Demo

Dresden Sachsens Justiz ermittelt gegen weitere Politiker wegen Anti-Nazi-Demo Wegen ihres Protests gegen einen genehmigten Neonazi-Aufmarsch in Dresden im Februar vergangenen Jahres stehen mehrere Linke-Bundestagsabgeordnete vor der Aufhebung ihrer Immunität. Der Chemnitzer Michael Leutert sagte am gestrigen Dienstag, dass sein Fall als erster bereits dem Immunitätsausschuss vorliege.

Zuvor war bekanntgeworden, dass die Staatsanwaltschaft Dresden auch gegen die Bautzener Linke-Bundesgeschäftsführerin Caren Lay ein Ermittlungsverfahren wegen „Sprengung“ einer genehmigten Versammlung einleiten will. Zudem wird mit Falk Neubert gegen einen weiteren Abgeordneten der Linksfraktion in Sachsens Landtag wegen der Blockade des Neonazi-Aufmarsches in Dresden ermittelt.

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Sachsens-Justiz-ermittelt-gegen-weitere-Politiker-wegen-Anti-Nazi-Demo;art1047,3656769>

ähnliche Artikel:

MDR Chemnitzer Morgenpost: http://www.sz-online.de/Nachrichten/Chemnitz/Nazi-Blockade_Ermittlungen_auch_gegen_Bundespolitiker/articleid-2971639

Junge Welt : <http://www.jungewelt.de/2012/01-25/049.php>

JenaTV | 25.01.2012

Strafverfahren gegen Lothar König: Anwälte kritisieren Anklageschrift

Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Dresden gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König soll vom Amtsgericht Dresden zurückgewiesen werden. Das fordert die Berliner Rechtsanwaltskanzlei Eisenberg, Dr. König, Dr. Schork in einem Antrag an das Amtsgericht. König ist u.a. wegen „aufwieglerischen Landfriedensbruchs“ während der Anti-Neonazi-Demonstration am 19. Februar 2011 in Dresden angeklagt. Nach Darstellung der Berliner Anwälte reicht die Beweislage nicht aus, um das Hauptverfahren gegen König zu eröffnen. Aufgrund der von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Beweismittel sei eine Strafbarkeit auszuschließen. Es würden Tatvorwürfe erhoben, die nicht zu belegen seien.
cd

http://www.jenatv.de/politik/Strafverfahren_gegen_Lothar_Koenig:_Anwaelte_kritisieren_Anklageschrift_-7133.html

Landtag will Versammlungsgesetz und Verwaltungsreform beschließen

Der Sächsische Landtag trifft sich heute zur ersten Plenarsitzung im neuen Jahr. Mit der Verwaltungsreform und dem Versammlungsgesetz stehen zwei der wichtigsten Projekte der CDU/FDP-Koalition auf der Tagesordnung. Zum Auftakt werden drei Richter für den sächsischen Verfassungsgerichtshof gewählt. Hans-Dietrich Knoth stellt sich zur Wiederwahl, Klaus Schurig und Andreas Wahl kandidieren erstmals. Sie sollen für Rüdiger Söhnen und Hannelore Leuthold nachrücken, die laut dem Verfassungsgerichtshof nicht wieder antreten.

Größter Behördenumbau in der Geschichte des Freistaates

Die von der Koalition auf den Weg gebrachte Verwaltungsreform sieht den größten Behördenumbau in der Geschichte des Freistaats vor. Bis 2020 sollen etliche Behörden und Gerichte umziehen oder zusammengelegt werden. Damit reagiert die schwarz-gelbe Landesregierung auf den anhaltenden Bevölkerungsrückgang und sinkende Haushaltsmittel des Landes. Gerechnet wird mit Einsparungen von rund 840 Millionen Euro. Eines der größten Vorhaben ist der Umzug des Landesrechnungshofes von Leipzig nach Döbeln.

Die Opposition lehnt die Pläne von CDU und FDP ab. Der innenpolitische Sprecher der Linken, Rico Gebhardt, sagte, die "minimalen positiven Effekte" des Behördenumbaus würden nicht die wachsende Bürgerferne durch wegfallende Standorte von Gerichten, Finanzämtern und Polizeirevieren kompensieren. Eva Jähnigen von den Grünen erklärte, die Regierungskoalitionbürde Sachsen und den kommenden Generationen mit dem Gesetz eine "Hypothek in Millionenhöhe auf". Allein durch die Umzüge von Behörden würden Kosten von mindestens 309 Millionen Euro entstehen.

Versammlungsgesetz im zweiten Anlauf

Mit dem Versammlungsgesetz soll es möglich sein, dass künftig Demonstrationen an historisch sensiblen Orten verboten werden können. Gemeint sind damit zum Beispiel die Dresdner Frauenkirche und das Leipziger Völkerschlachtdenkmal. Bereits bei den am 13. und 18. Februar in Dresden geplanten Aufmärschen von Rechtsextremen soll das Gesetz zum ersten Mal angewendet werden. Es ist schon der zweite Anlauf von CDU und FDP für ein neues Versammlungsgesetz. Das bisher geltende war vom sächsischen Verfassungsgerichtshof im April 2011 verworfen worden. Die Richter begründeten das mit gravierenden Formfehlern im Gesetzgebungsverfahren. So hatten die Abgeordneten bei der Abstimmung nicht den vollen Wortlaut des Gesetzes vorliegen. Über die von der Opposition angeführte Verfassungswidrigkeit des Gesetzes hatten die Richter allerdings nicht geurteilt.

<http://www.mdr.de/sachsen/saechsischer-landtag100.html>

König-Anwalt greift sächsische Justiz an

Der Verteidiger des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König hat schwere Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft Dresden erhoben. Anwalt Johannes Eisenberg warf den Ermittlern vor, Videomaterial "zum Teil manipulativ" verändert zu haben. Außerdem erhebe die Anklageschrift gegen König "Tatvorwürfe, die mit den eigenen, von der Anklage zur Verfügung gestellten Beweismitteln nicht zu belegen sind." So seien beispielsweise Aussagen, die aus Königs Lautsprecherwagen gekommen sein sollen, in der Anklageschrift falsch wiedergegeben worden.

Eisenberg forderte das Amtsgericht Dresden auf, auf einen Anklage wegen Landfriedensbruchs zu verzichten. Die vorliegende Anklageschrift sei "geschwätzig" und enthalte "keinen konkreten Anklagesatz". Dresdens Polizei und Staatsanwaltschaft hätten sich in einem "paranoid-geschlossenen System von Verfolgungswahn verstrickt". Dies zeige eine "tatsächlich demokratiefeindliche Grundhaltung der Anklage".

Die Dresdner Ermittler werfen König vor, bei einer Demonstration gegen Rechtsextremisten in Dresden vor einem Jahr zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen zu haben. Die Ermittlungen gegen den Jenaer Pfarrer hatten in den vergangenen Monaten immer wieder für Kritik gesorgt. Zuletzt hatten sich mehrere Thüringer Landtagsabgeordnete in einem offenen Brief mit dem Stadtjugendpfarrer solidarisiert und der sächsischen Justiz vorgeworfen, einen "politischen Prozess" gegen ihn zu führen.

http://www.mdr.de/nachrichten/koenig114_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 24.01.2012

Leipziger Volkszeitung | 24.01.2012 | 19:41 Uhr

Ermittlungen gegen Linke-Bundespolitiker wegen "Sprengung" von Nazi-Demonstrationen

Berlin/Dresden. Wegen ihres Protests gegen einen genehmigten Neonazi-Aufmarsch im Februar 2011 in Dresden droht mehreren Linke-Bundestagsabgeordneten die Aufhebung ihrer Immunität. Der Chemnitzer Michael Leutert sagte am Dienstag der Nachrichtenagentur dpa, dass sein Fall bereits dem Immunitätsausschuss des Bundestags vorliege. Zuvor war bekanntgeworden, dass die Staatsanwaltschaft Dresden auch gegen Linke-Bundesgeschäftsführerin Caren Lay ein Ermittlungsverfahren einleiten will.

Beiden sächsischen Politikern wirft die Staatsanwaltschaft die „Sprengung“ einer genehmigten Versammlung vor. Das entsprechende Schreiben des Leitenden Oberstaatsanwalts Erich Wenzlick an Leutert liegt der Nachrichtenagentur dpa vor. In der Regel kann die Staatsanwaltschaft 48 Stunden nach einem Antrag beim Bundestagspräsidenten ein Ermittlungsverfahren einleiten. Die eigentliche Aufhebung der Immunität ist indes erst für die Erhebung einer Anklage nötig.

Leutert, der auch der Sprecher der Landesgruppe Sachsen der Linken im Bundestag ist, kritisierte die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft. „Für friedlichen Protest gegen Nazis darf man nicht bestraft werden“, sagte Leutert. Zudem äußerte er sich verwundert, dass offenbar nur Linken-Abgeordneten die Aufhebung der Immunität drohe, obwohl sich auch Spitzenpolitiker von Grünen und SPD an den Veranstaltungen gegen Neonazis beteiligt hatten. Leutert hatte in den vergangenen Jahren regelmäßig an den Dresdner Anti-Neonazi-Protesten teilgenommen. „Da stellt sich mir doch die Frage, ob der Staat ein besonderes Problem mit uns Linken hat“, sagte er.

Leutert verwies darauf, dass er zu den 27 Linke-Bundestagsabgeordneten gehöre, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. „Am gleichen Tag, an dem ich dies erfahre, muss ich hören, dass der Immunitätsausschuss über mich berät. Angesichts der aktuellen Debatte um Rechtsterrorismus und der gesellschaftlichen Gefahr durch Neonazis halte ich das für vollkommen unangemessen“, fügte er hinzu.

Sachsens Linke-Landesgeschäftsführerin Antje Feiks stellte sich vor die Anti-Neonazi-Aktionen im Februar. Sie sprach von friedlichen Protesten gegen den größten Naziaufmarsch Europas - und warf der Dresdner Staatsanwaltschaft vor, diesen kriminalisieren zu wollen.

Ebenfalls wegen Aktionen gegen den geplanten und letztlich durch die Blockaden vereitelten Neonazi-Aufmarsch ist der Linke-Landtagsabgeordnete Falk Neubert ins Visier der Dresdner Staatsanwälte geraten. Auch gegen Neubert werde wegen „Sprengung einer Versammlung“ ermittelt, teilte die Linke-Fraktion am Dienstag in Dresden mit. „Friedliche Blockaden sind keine Straftaten, sondern durch das Grundgesetz gedeckt“, erklärte Neubert.

In knapp vier Wochen wollen in Dresden erneut Neonazis aufmarschieren. Dagegen formiert sich bereits seit Monaten Widerstand. Über die Wahl der Mittel gibt es indes Unstimmigkeiten zwischen den Parteien. Zuletzt hatte Sachsens Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann stationäre Kundgebungen statt Demonstrationen ins Spiel gebracht. In den vergangenen beiden Jahren hatten Tausende Gegendemonstranten die

Neonazi-Aufmärsche verhindert. Bei Ausschreitungen im Vorjahr waren mehrere Polizisten verletzt worden. Dpa

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/ermittlungen-gegen-linke-bundespolitiker-wegen-sprengung-von-nazi-demonstrationen/r-mitteldeutschland-a-122551.html>
